



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Ruth Müller, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz, Stefan Schuster, Doris Rauscher, Natascha Kohnen, Annette Karl, Alexandra Hiersemann, Volkmar Halbleib, Harald Güller, Christian Flisek, Martina Fehlner, Michael Busch, Inge Aures, Horst Arnold, Klaus Adelt** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/21292

Solidarität mit der Ukraine

Der Landtag verurteilt scharf die Aggressionen und Feindseligkeiten Russlands gegenüber der Ukraine, den Ländern der Östlichen Partnerschaft und der EU, insbesondere die jüngste Eskalation durch die Anerkennung Russlands der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donezk und Luhansk als eigenständige Staaten. Russlands Vorgehen ist ein eklatanter Verstoß gegen eine Vielzahl von völkerrechtlichen Vereinbarungen, die Russland in den vergangenen 50 Jahren eingegangen ist, insbesondere gegen die Schlussakte von Helsinki von 1975 und die Charta von Paris der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) von 1990, die Resolution 68/262 „Territoriale Integrität der Ukraine“ der Vereinten Nationen von 2014 sowie gegen die Vereinbarungen von Minsk.

Der Landtag ist äußerst besorgt über das von Präsident Wladimir Putin am 21.02.2022 unterschriebene Dekret über eine Entsendung russischer Truppen in die von pro-russischen Separatisten kontrollierten Gebiete der Donbass-Regionen sowie über die jüngste Äußerung des russischen Außenministers Sergej Lawrow, der das Recht der Ukraine auf Souveränität offen in Frage stellt. Es handelt sich um eine politische Invasion, der offensichtlich ein militärischer Einmarsch in die Ukraine folgen soll.

Der Landtag erklärt sich solidarisch mit der Bevölkerung der Ukraine und bekräftigt die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität des Landes innerhalb seiner international anerkannten Grenzen.

Der Landtag dankt der deutschen Bundesregierung für ihre fortdauernde diplomatische Friedens- und Vermittlungsmission in enger Abstimmung mit unseren internationalen Partnern und für ihre eindeutige Haltung gegenüber Russland und seiner derzeitigen Politik.

Der Landtag unterstützt das abgestimmte Vorgehen der NATO sowie der EU und begrüßt es, wenn nun weitreichende Sanktionen gegen Russland umgesetzt werden. Der von Bundeskanzler Olaf Scholz verfügte Stopp von Nord Stream II gehört zu diesem Instrumentarium. Es sind jetzt gezielte und effektive Sanktionen gegen Russland umzusetzen.

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

III. Vizepräsident